368 8/2001

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Hauptverkehrsachse Gärtnerweg - ein untragbarer Zustand

Seit über 30 Jahren plant und diskutiert man in Mörfelden die Südumgehung. Sie ist das Schlüsselwort zu Stadtentwicklung und Verkehrsberuhigung. Immer wieder hört man das Argument, dass erst der Durchgangsverkehr aus der Innenstadt verbannt werden müsse, bevor Verkehrsberuhigung und Innenstadtentwicklung machbar seien. Man kann aber heute schon etwas tun!

Der Gärtnerweg - z. B. - ist mittlerweile Hauptverkehrsachse, Verbindung zwischen B44 und B486. Schwerlastverkehr rollt Tag und Nacht. Das hat dem Straßenbelag arg zugesetzt. Verwerfungen des Asphalts verstärken den Lärm. Eine Grundsanierung - Unterbau und Deckschicht - steht in den nächsten Jahren an. Das bietet Anlass über eine Umgestaltung des Straßenraumes und damit Verkehrsberuhigung nachzudenken.

Es gibt einen Stadtverordnetenbeschluss aus der Vorvorlegislaturperiode - Koalition SPD/Grüne -, es gibt ebenso einen Beschluss aus der letzten Wahlzeit (initiiert von DKP/OL), passiert ist nichts. Noch nicht einmal Planentwürfe gibt es.

Die Forderungen aus den Beschlüssen gehen in Richtung Radweg, Querungshilfe (Verkehrsinsel) und Lösung der Kreuzung Westend-/Ring-/Rüsselsheimer Straße und Gärtnerweg. Sicher ist die Stadt nicht alleine „Herr des Verfahrens"; als Bundesstraßenverbindungsachse sind auch übergeordnete Straßenverwaltungsstellen beteiligt. Aber kann nicht der Gärtnerwegumbau auch als Hebel für eine Ortsumgehungslösung dienen?

Den Straßenanliegern können wir nur raten das Thema nicht den Verwaltungen zu überlassen. Es ist an der Zeit Protest zu verstärken und phantasievolle Aktionen zu starten, die Druck auf Planungsfortschritte bewirken. R.D.

Arm-Reich-Kluft wächst

Die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt hat sich weiter vergrößert. Die Einkommenslücke zwischen reichstem und ärmstem Fünftel der Weltbevölkerung lag 1997 bei einem Verhältnis von 74 zu 1, während es 1990 noch 60 zu 1, und 1930 „nur" 30 zu 1 betragen hat. Die drei reichsten Menschen verfügten über ein größeres Vermögen als das Bruttoninlandsprodukt der 49 ärmsten Länder zusammen. Die Grenze verläuft zunehmend zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung. Das gilt für Staaten oder Regionen aber auch für die unterschiedlichen Chancen von Männern und Frauen.

Bei vielen Frauen wird das Geld knapp

Drei Viertel der 30- bis 59-jährigen Frauen in Deutschland werden im Alter nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen, um den Bedarf zu decken. Das ergab eine Umfrage eines Kölner Meinungsforschungsunternehmens im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge.

„Die individuelle Vorsorge für den Ruhestand ist für Frauen noch weitaus dringlicher als für Männer", hieß es bei der Vorstellung der Umfrage in Berlin. Die Gründe lägen in den zumeist geringeren Rentenansprüchen von Frauen wegen niedriger Erwerbseinkommen und kürzerer Versicherungszeiten sowie in der längeren Versorgungsphase auf Grund der höheren Lebenserwartung. Frauen, die ausschließlich auf die gesetzliche Rente vertrauten (23%), würden ihren Lebensstandard im Alter nicht halten können, da sie eine Versorgungslücke von durchschnittlich 1014 Mark (518 Euro) aufwiesen.

Kommunales

Die Fraktion der DKP/OL hat nachfolgenden Antrag gestellt:

„Die Stadt Mörfelden-Walldorf veranstaltet noch in diesem Jahr auf dem Platz vor dem alten Rathaus in Mörfelden eine Kundgebung gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, die gegen den Ausbau sind, sollen hier die Gelegenheit haben einen kürzeren Redebeitrag (max. 10 Min.) zu halten. Für die Kundgebung wird mit Anzeigen und Presseerklärungen, mit einem Plakat (DIN A 1) und einem Flugblatt, das in Mörfelden-Walldorf flächendeckend verteilt werden soll, geworben. Der Ausschuß gegen die Flughafenerweiterung wird die Kundgebung (Termin, Werbematerial, Ablauf etc.) vorbereiten.“

Begründung:
Mit dem Beginn des Raumordnungsverfahrens tritt der geplante Ausbau in eine neue Phase.
Neben den vorgesehenen Flyern des Vereins LAERM und dem geplanten Auftritt des „Ausbaugegner“-Infomobils soll die Kundgebung einen Mobilisierungshöhepunkt bilden.
Die Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau sollte bei der Vorbereitung einbezogen werden.
Für die BI könnte, wenn sie es wünscht, ein Redebeitrag eingeplant werden.

Herzlichen Dank allen, die für den Erhalt dieser Zeitung spenden!

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419
BLZ 50852553

Verkehrssicherheit - da gibt es noch eine Menge zu tun

Der „blickpunkt“ fuhr mit einem Fachmann durch die Stadt und sah sich neuralgische Punkte auf den Ortsstraßen an. Dabei wurden wir auf diverse Probleme aufmerksam gemacht. Wir sahen ein Baugerüst in der vielbefahrenen Frankfurter Straße, das den ganzen Bürgersteig beanspruchte; sahen übergroße Blumenkübel auf der Langgasse (vor dem „Bachdickhaut“) - hier kann man leicht Kinder übersehen - und viele Probleme bei Beschilderungen und der Straßenführung. Einige davon stellen wir hier vor.

Beispiel 1:
Hier, auf dem Vitrolles-Ring, gehört ein vorfahrtsregelndes Schild hin. Die Ausfahrt von der Bertha-von-Suttner-Schule ist mit einem Stoppschild gekennzeichnet. Ein ortsunkundiger Verkehrsteilnehmer muß hier mangels Beschilderung jedoch von der Regel "rechts vor links“ ausgehen.

Beispiel 2:
Alpenring. Hier sollen Kinder über die Straße gehen. Sie können aber weder die Autos sehen, noch werden sie gesehen. Man muß entweder eine "Nase" in die Fahrbahn zu bauen oder zumindest durch Entfernung der Sichthindernisse ein sicheres Überqueren der Fahrbahn ermöglichen. Es müßten lediglich die Container um wenige Meter versetzt und ca. 2 Parkplätze gesperrt werden und schon können die Kinder sicherer zur Schule kommen.

Beispiel 3:
Heinestraße. Radfahrer, die den Radweg hier verlassen, bekommen nicht angezeigt, daß der Radweg hier endet. Es sind keinerlei vorfahrtsregelnden Maßnahmen getroffen. Somit gilt an dieser Stelle rechts vor links. Ein Autofahrer kann, wie in Beispiel 4 gezeigt, nicht erkennen, daß er hier den Radfahrern Vorfahrt gewähren muß. Sinnvoll wäre eine Wartepflicht für die den Radweg verlassenden Radfahrer einzuführen.
Nachfragen bei der Polizei ergaben, daß an dieser Stelle bereits mindestens ein Radfahrer von einem Pkw angefahren wurde und davon nicht unerhebliche Verletzungen getragen hat.

Beispiel 4:
Die gleiche Stelle, fotografiert von der Wilhelm-Leuschner-Str. Wir konnten beobachten, daß der Verbindungsweg ins Industriegebiet sehr häufig von Kindern, teils auch mit Hunden, genutzt wird. Diese können beim Verlassen des Rad- und Fußgängerschutzraumes durch hohe Büsche erst die Fahrbahn einsehen, wenn sie diese schon betreten haben. Unser Vorschlag ist hier die Bepflanzung niedriger zu halten. So können auch Autofahrer die Kinder früher erkennen und entsprechend reagieren.

Beispiel 5:
Hintergasse/Langgasse. Hier wird von der Straßenverkehrsordnung (StVO) eine Beschilderung am rechten Fahrbahnrand (Ende der Spielstraße) vorgeschrieben. Dieses Verkehrszeichen regelt auch die Vorfahrt. Somit ist die Ausfahrt aus der Hintergasse wie eine private Grundstücksausfahrt zu sehen und alle anderen Verkehrsteilnehmer dürfen vorher passieren. Kommt es durch die fehlende Beschilderung nun zu einem Unfall könnte neben dem entstandenen Schaden auf die Stadt Mörfelden-Walldorf auch noch eine Schadensersatzklage zukommen.

FLUGHAFEN ✈ NEWS ✈✈✈✈✈✈

Fraport treibt die Flughafenausbaupläne voran. Jetzt hat das Raumordnungsverfahren begonnen und selbstverständlich sind alle Ausbauvarianten in der Planung. Soll da keiner glauben die Südbahn sei vom Tisch.
Beim Ausbau geht es um viel Geld. Bald werden neue Fraport-Werbekampagnen über uns kommen - und sie werden nicht ohne Wirkung bleiben. Man wird uns die Verdoppelung der Flugbewegung als einen Segen verkaufen - und viele die nicht darüber nachdenken, werden es schlucken. Wer reich ist ist einflußreich.
Für die Bürgerinnen und Bürger in Walldorf und in Mörfelden, die morgen auch noch hier noch leben wollen, für die jungen Familien, die wollen, dass ihre Kinder gesund aufwachsen bringen wir auf dieser Seite regelmäßig Argumente zum Nachdenken.
Wir setzen darauf, dass die Einsprüche und Proteste wachsen, wenn wirklich begriffen wird wie groß die Bedrohung heute schon ist.

FAKTEN

Der Luftverkehr weist die größte Umweltschädlichkeit aller Verkehrsmittel aus. Neben hohem Energieverbrauch, Lärm und Abgasen ist dies vor allem der negative Einfluss auf das Klima (Treibhauseffekt). Angesichts der hohen Wachstumsraten ist der Flugverkehr zu einer ernstzunehmenden Gefahr für das Weltklima geworden. Dies wird durch eine Aussage der Greenpeace-Studie Klimaschädlichkeit des Flugverkehrs vom Juni 1996 belegt: *„Damit ist das Flugzeug die mit großem Abstand energieaufwendigste und damit umwelt- bzw. klimabelastendste Form des Transports."* Und leider werden für die Zukunft, nach Aussagen des Umweltbundesamtes für die künftige Entwicklung des Flugverkehrs erhebliche Steigerungsraten prognostiziert, die noch weit über das angenommene Wachstum im Individualverkehr hinausgehen. In einer UBA-Studie von 1996 heißt es: *„Der Kraftstoffverbrauch und die davon direkt abhängigen CO_2–Emissionen des Flugverkehrs werden in Zukunft weiter drastisch steigen."*
Und Greenpeace stellt fest: *„Aufgrund der großen weltweiten Steigerungsraten im Flugverkehr werden die klimaschädlichen CO_2-Emissionen bis 2010 gegenüber heute um etwa 50% ansteigen."*
Der Verband deutschen Mineralölwirtschaft analysiert: *„Seit der ersten Klimaschutz-Konferenz 1990 in Rio bis einschließlich 1997 ist der Kerosinverbrauch des zivilen Luftverkehrs in Deutschland um 29,7% gestiegen. Der Anteil des Flugverkehrs an der Klimabelastung durch fossile Brennstoffe wird bei einer Fortsetzung des Trends weiterhin steigen."*
Der enorme Treibstoffverbrauch und der damit verbundene Abgasausstoß wirkt sich in den üblichen Flughöhen von 8 bis 12 km über der Erdoberfläche ganz anders als in Bodennähe aus. So gehen die internationalen UN–Klimaforscher (IPCC) von einer 2–3 mal so großen Treibhauswirksamkeit der Flugzeug-Emissionen aus.
Erschreckend ist neben den riesigen Umwegen der hohe Treibstoffverbrauch der reinen Frachtflugzeuge: Sie verbrauchen rund zehnmal mehr Treibstoff pro beförderter Tonne als ein Lkw, von der Bahn ganz zu schweigen.

Beispiel Treibstoffverbrauch

Eine Boeing B 747 (Jumbo) verbraucht 16.000 l pro Stunde Treibstoff, der Tankinhalt beträgt 216.000 l, in der Startphase werden 23.500 l Treibstoff pro 100 km, im Steigflug 3.400 l pro 100 km und im Streckenflug 1.300 l pro 100 km verbraucht. Bei Notfällen oder aus Versehen wird Kerosin abgelassen, wie gerade jetzt wieder über Raunheim.

Jahrelange Verweildauer in der oberen Luftschicht

Der Flugverkehr ist der einzige direkte Luftverschmutzer in den genannten Flughöhen. Dort haben die Schadstoffe eine besonders gravierende Wirkung.
Da in 8–12 km Höhe die Luft nur ein Fünftel so dicht wie am Boden ist, ist auch die Konzentration der Luftschadstoffe fünfmal so hoch. Die ausgestoßenen ca. 1.300 °C heißen Flugzeugabgase gelangen in eine mitunter -50° C kalte Stratosphärenluft. Hierbei entstehen vielfältige Wechselreaktionen, die nur unzureichend erforscht sind. Neben CO_2 beinhalten die Flugzeugabgase Stickoxide (Nox), Wasserdampf, CO, Ruß, Schwefeldioxid und andere Kohlenwasserstoffe. Verschiedene Treibstoffzusätze wie z.B. Enteisungsmittel, Antioxidantien, Korrosionsschutzmittel verstärken die Brisanz der aus den Düsen ausgestoßenen Luftgifte.

Flugverkehr wird hochgradig subventioniert

Der Flugtreibstoff ist von der Mineralölsteuer befreit, Flugreisen ins Ausland - im Gegensatz zu Bahnreisen - auch von der Mehrwertsteuer. Bau und Ausbau der Flughäfen bezahlt der Staat in erheblichem Umfang.
Jeder Pendler, der mit seinem Pkw zu seiner Arbeitsstätte fahren muss, muss für seinen Treibstoff hohe Mineralölsteuern zahlen, während ein Flugtourist, der eine Wochenend-Reise nach New York unternimmt, von all diesen Steuern befreit ist.

Aus: Pressemitteilung der IGF - Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms

Wir wollen und brauchen ein Nachtflugverbot von 22-6 Uhr. Die Lufthansa geht davon aus, dass selbst eine Nachtruhe von 23 bis 5 Uhr nur durchzusetzen ist, wenn Fraport den Antrag auf Betriebszeitenänderung stellt. Deshalb ist jetzt besonderer politischer Druck notwendig, damit die Öffentlichkeit und die vielen Politikerinnen und Politiker in den Kommunen und im Landtag begreifen, wie eng der Zusammenhang zwischen den politischen Beschwichtungen zum sog. Nachtflugverbot und dem Raumordnungsverfahren ist. Wenn das ROV ohne den Antrag auf Änderung der Betriebszeit beginnt, wird es im Verfahren kompliziert. Der BUND hat die Diskussion mit den Gemeinden angestoßen.

Kulturhaus Mörfelden

Nach langen Diskussionen über die Nutzungsmöglichkeiten nach Auszug der Polizeistation Mörfelden ist aus dem alten Schulgebäude am Rathausplatz ein „Kulturhaus“ entstanden. Der über 2 Mill. Mark teure Umbau beherbergt in den beiden oberen Stockwerken die Stadtbücherei. Im Erdgeschoss sind die Büroräume der VHS und Jugendmusikschule, sowie Übungsräume entstanden. Im Keller hat die Schiffsmodellbau-AG ihre Heimat gefunden. Dass die VHS nicht komplett umziehen konnte (ein Teil ist immer noch im Gebäude Wolfsgartenstraße) zeigt, dass auch das neue erweiterte Raumangebot nicht alle Wünsche befriedigen konnte. Dennoch gratulieren wir den Beschäftigten in diesem Haus zu ihrem neuen Domizil und wünschen ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

Wochenzeitung der DKP

Probeexemplare bei der „blickpunkt”-Redaktion erhältlich

Rathaus Walldorf

Beim Richtfest sind die gröbsten Arbeiten, die Staub und Lärm verursachen, weitgehend abgeschlossen. Die über 13 Mill. Mark teure Umbau-, Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahme (inkl. Rathausplatzgestaltung) verspricht den Bürgern mehr Transparenz. Neben einem „Stadtbüro“ - Anlaufstelle und Erledigung „kleiner Verwaltungsaufgaben“ (evtl. auch Kfz-Zulassungsstelle) erhalten die ca. 65 Beschäftigten großzügigere Arbeitsplätze und einen Sozialraum. Wir wollen hoffen, dass sich die freundlichere Arbeitsplatzatmosphäre auch auf die Arbeitsergebnisse auswirkt. Auch die Fraktionen erhalten Räume; und der Rathaussitzungssaal, der multifunktional genutzt werden kann, verspricht ein angenehmes Arbeiten. Der Rathausrohbau, welcher die Ausmaße und Ausstattung nur in der Phantasie als „großzügig“ erscheinen lässt, ist eine abgespeckte Version gegenüber den Plänen der Vergangenheit. Die Überzeugungsarbeit der Opposition und die Furcht der Regierungspartei vor den Angriffen der Bürgerschaft verhinderten den „Palazzo Prozzo“.

Bürgerhaus Mörfelden

Umbau und Sanierung des Bürgerhauses gehen voran. Die Fassade zur Westendstraße verrät, dass der erste Bauabschnitt bald fertig ist. Zur Merfeller Kerb soll er „in Betrieb gehen“. Während der ersten Bauphase reifte die Einsicht, dass die beiden anderen Bauabschnitte - Gaststättenbereich und Gebäudemitteltrakt - in einem Bauabschnitt und direkt anschließend an den jetzigen erfolgen soll. Das erscheint vom bautechnischen und kostenseitigen Hintergrund sinnvoll. Die Fragen nach der zeitweisen Schließung der Gaststätte, der Nichtnutzungsmöglichkeit der Versammlungsräume während der Bauphase hat die DKP/OL-Fraktion in einem Papier an den Magistrat gestellt.

„Mitgift“ mit Mängeln

Walldorf erhielt in den 60er Jahren ein Geschenk. Eine ausgebeutete Kiesgrube wurde Badeanstalt. Die scheinbar billige Lösung zu einem Schwimmbad zu kommen, birgt jedoch ständigen Ärger und Kosten. Mal sind es die Algen, mal ist es die Wassergüte. Hohe Investitionen gab es in der Vergangenheit. Wasserver- und entsorgung, Einzäunung, Parkplätze machten den See optisch und hygienisch ansprechend. Doch Probleme, die sich aus der verschiedenen Nutzung - Angler, Wasserportler, Badebetrieb - ergeben, machen der Stadtverwaltung Sorgen. Die Algen und anderen Wasserpflanzen sind wegen des hohen Wasserstandes und der kühlen Witterung im Frühjahr nicht das Problem. Heuer sind die Ergebnisse der regelmäßigen Wasseruntersuchungen - die veröffentlicht manchen Besucher abschrecken - Anlass zum Nachdenken. Der Jahrzehnte lange Eintrag von Herbstlaub, der Fischbesatz, die geringe Wassertiefe bergen die Gefahr, dass der See bei langen Hitzeperioden „umkippt“ und die Gesundheit der Badenden beeinträchtigt. Was gibt es zu tun, welche Alternativen gibt es? Sind die Nutzungen einzuschränken, den faulenden Schlick am Boden abzusaugen, das tiefere Ausbaggern oder gar die Verfüllung die Lösung? Der Dauerbrenner Badesee wird die Kommunalpolitiker noch lange beschäftigen. R. D.

Wer will helfen den „blickpunkt“ zu verteilen?

Es ist eine große Arbeit jeden Monat 12.500 „blickpunkt“-Exemplare in die Briefkästen zu verteilen. Wer Lust hat in Mörfelden oder Walldorf in einem kleinen Bezirk oder auch nur in einer Straße bei der Verteilung zu helfen, kann anrufen bei:
Käthe Hechler, Telefon 22362.

Wer will den „blickpunkt“ per Post?

Manchmal beklagen sich Leute, sie hätten keinen „blickpunkt“ erhalten. Dem kann man abhelfen! Wer den „blickpunkt“ sofort nach Erscheinen zugeschickt haben will, bezahlt DM 20,- Portokosten pro Jahr auf das Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553. Dann kommt der „blickpunkt“ per Post.

Das Grenzcamp hatte seine Berechtigung

Bei Kelsterbach gab es das 4. antirassistische Grenzcamp. Bundesweit war die Polizei alarmiert. Man erwartete offenbar Leute die vor keiner Gewaltat zurückschrecken.
Am Ende des Camps merkten wenigstens Teile der Medien was eigentlich wirklich los war. Dort waren nämlich junge, politisch engagierte Menschen. Es gab viele fantasievolle, originelle, sympathieweckende Aktionen zu einem Thema, das uns eigentlich alle etwas angehen sollte.
Eine Gruppe machte ein Konzert vor dem Flughafen. Sie nannten es musikalischen Widerstand gegen Abschiebungen. Andere machten in der Frankfurter Börse mit einer Demonstration gegen die Flüchtlingsabschiebungen aufmerksam.
Demonstrationen gab es gegen die Lufthansa. Man muß wissen: die Lufthansa mit ihrer „Deportation Class" gibt ein besonders schlechtes Bild ab. Als Staatslinie Nr.1 ist sie hauptverantwortlich, daß jährlich tausende AsylbewerberInnen unter unmenschlichen Bedingungen in ihr Folter- und Mordland zurückdeportiert werden.
Die Polizeipräsenz war überall zu spüren. Dies sollte auch der Einschüchterung der Menschen dienen, die sich am Grenzcamp beteiligen und Interessierte aus den umliegenden Städten abschrecken.
Auch die örtliche Polizei war im Einsatz. Vor einer Führung über den Lehrpfad des ehem.KZ-Außenlagers tauchte sie am Gedenkstein auf. Gleichzeitig meinte auch Bürgermeister Brehl hier nach dem Rechten sehen zu müssen.
Die große Selbstdisziplin der weit über 2000 „Grenzcamper", machte aber überall auch einen positiven Eindruck. Wir halten es für die Pflicht eines jeden aufrechten Menschen, humanitäre Anliegen zu unterstützen.Die Kritik an den barbarischen Methoden der Zwangsinternierung und Abschiebung, die zu Todesfällen führten, besteht zu Recht. Wenn selbst die Bundesärztekammer dazu auffordert, bei Zwangsabschiebungen keine ärztliche Abschiebungshilfe zu leisten und auch die Organisation Cockpit Flugkapitäne dazu auffordert, Flüchtlinge nicht gegen ihren Willen zu transportieren, ist es keine Frage, dass sich hier viel mehr engagieren sollten. rh

Polizeischikane am Flughafen

Am Samstag den 4.8.2001 fuhren wir, zehn junge Leute aus Mörfelden-Walldorf, mit dem Fahrrad zum Flughafen. Unser Ziel war die dort stattfindende Demonstration gegen das Abschiebegefängnis und die unmenschliche Asylpolitik der Bundesregierung. Um 11 Uhr starteten wir in Walldorf. Sehr weit kamen wir nicht. Lange vor dem Tunnel an der Okrifteler Straße kamen uns drei Herren in grün auf dem Fahrradweg entgegen und bauten sich vor uns auf. Es waren Polizisten aus Berlin. Einer von Ihnen fragte uns unfreundlich: „wo wollen Sie hin?". Wir antworteten ihm, dass wir keine Veranlassung sehen, dies preiszugeben.
Auf den Grund der Polizeikontrolle angesprochen, sorgte der Wortführer in grün für unfreiwillige Belustigung. „Am Flughafen findet heute eine Demonstration vom Grenzcamp gegen den Ausbau der *Startbahn West* statt". Der Mann war offensichtlich bestens informiert. Als wir uns weigerten unsere Ausweise kontrollieren und Taschen durchwühlen zu lassen, wurden wir mit den Worten „Ich würde vorsichtig sein. Man sieht sich immer zweimal im Leben" bedacht.
In der Zwischenzeit hatte es angefangen in Strömen zu regnen. Die Polizisten hatten Verstärkung angefordert. Zeitweise standen bis zu drei Mannschaftswagen um uns herum. Aus einem Waldweg fuhr auch noch ein Räumpanzer vorbei. Lächerlich, welch übertrieben hoher Aufwand hier betrieben wird, der die SteuerzahlerInnen ja auch einiges kostet.
Im weiterhin starken, nicht nachlassendem Regen warteten wir über eine halbe Stunde auf die Überprüfung unserer Personalien – natürlich ohne Befund. Eine Entschuldigung gab es nicht. Völlig durchnässt (die meisten von uns hatten keine Regenschutzkleidung dabei) fuhren wir frierend weiter. Die zweite Kontrolle hinter dem Tunnel ließ nicht lange auf sich warten. Hessische Polizisten hielten uns abermals an. Ein von den Beamten der vorherigen Kontrolle ausgestelltes Kärtchen rettete uns davor, wieder ewig im Regen auf die Überprüfung unserer Personalien warten zu müssen. Etwa fünfhundert Meter weiter dann die dritte Kontrolle. Wieder Polizisten aus Berlin. Das Kärtchen, dass unsere erste Kontrolle durch ihre Kollegen aufzeigte, wollten sie nicht gelten lassen. Nur weil sie augenblicklich einen Funkspruch erhielten und wegfahren mussten, konnten wir passieren.
Die nun vierte Kontrolle erreichten wir auf Höhe des Lufthansa-Ausbildungszentrums. Wieder hessische Polizei. Diese betrachteten das Dienstnummernkärtchen der ersten Kontrolle als wertlos (!). Eine Polizistin meinte sogar: „das können Sie sich auch selbst gepinselt haben". Diesmal mussten wir über eine dreiviertel Stunde lang auf die „Überprüfung" unserer Ausweise warten. Wieder goss es in Strömen vom Himmel, wieder durften wir uns nicht unterstellen. Ihr Ziel allerdings hatten sie nicht erreicht, denn nach über zwei Stunden waren wir am Flughafen angekommen – allerdings klatschnass und völlig durchfroren.

Björn Doland

BRIEFE

Schlaflos auf der Ostseite der Lärmmauer

Wer auf der Ostseite der Lärmmauer (Walldorf) in den letzten Tagen bei offenem Fenster schlafen wollte und wegen der Wärme auch musste, versuchte dies wieder einmal vergebens.
Die ganze Nacht hämmern Uralt Güterzüge der Bahn mit Geräuschpegeln bis zu 90 Dezibel reflektiert durch eine 750 Meter lang und 7,50 Meter hohe Lärmmauer durch die Schlafzimmer. 100% lauter als vor dem Bau der Lärmmauer. Dies Werte ergeben sich leider eindeutig aus Langzeitmessungen vor und nach Errichtung der Lärmmauer.
Der Verwaltungschef hat jetzt sein Gutachten von der Fa. Obermeyer aus München bekommen, doch mit dem Gutachten stimmt was nicht.
Die Fa. Obermayer hat an 6 Messpunkten gemessen nach einem Verfahren, das für die Ermittlung von Schienenlärm nicht anwendbar ist, so jedenfalls die Meinung von Experten.
Messpunkt 4-5-6 liegt westlich der Mauer in dem Neubaugebiet Plassage Lange Äcker bis über 50 Meter von der Mauer entfernt. Die Messungen erbringen keinerlei Aussagen über die Lärmwerte auf der Ostseite der Mauer.
Messpunkt 2 liegt ca. 200 Meter nördlich des Anfangs der Lärmmauer und hat mit dem Lärmgeschehen nicht zu tun.
Messpunkt 1 liegt mit 13 Meter Abstand zu den Gleisen so nahe an der Lärmquelle, dass eine Messung völlig sinnlos ist. Die Mauer ist dort ca. 2,50 Meter hoch.
Der letzte Messpunkt liegt 131 Meter östlich der Lärmmauer näher an der B44 als an der Bahn, mitten in einem Busch und Baumgebiet, wo man selbst einen Schuß aus 10 Meter Entfernung nicht mehr hören kann, da die Bäume und Büschen den Schall total dämmen. Dort wohnt auch keiner.
Dies heißt konkret: keiner der Messungen sagt irgend etwas über das Schallgeschehen auf der Ostseite an der Mauer aus. Für einen Laien liest sich das wie folgt: „nach der Auswertung der Messpunkte Hamburg, Dresden, Düsseldorf und München kommt der Gutachter zu dem Schluß, dass sich nach dem Ausbau des Frankfurter Flughafens keine Lärmmehrbelastung der Gemeinde Mörfelden-Walldorf ergibt".
Der Verwaltungschef und alle Parteien benutzen seit mehr als einem Jahrzehnt die Ergebnisse der Schall-Langzeitmessungen des BUND um gegen den Flughafenausbau der FAG zu argumentieren. Die FAG erkennt die Ergebnisse und die Meßmethoden seit Jahren an.
Nach genau den gleichen Methoden und entlang einschlägiger Rechtsvorschriften wurden die Langzeitmessungen in der Zwillingstrasse 9 von September 200 bis Juni 2001 durchgeführt. Die Anlage wurde von einem weit über die Grenzen Mörfelden-Walldorfs anerkannten und geachteten Experten installiert, kontrolliert und die Messergebnisse ausgewertet.
Diese Ergebnisse zeigen einen eindeutigen Anstieg des Lärmpegels nach dem Bau der Mauer.
Das Datum der Fertigstellung der Mauer ist für jeden Laien durch den 100%igen Anstieg des Lärmpegels zu erkennen.

Jeder wirklich interessierte Politiker sollte sich das Vergnügen eines Spaziergangs auf beiden Seiten der 750 Meter langen und 7,50 Meter hohen Mauer gönnen. Dies wird das Gehör für die tatsächlichen Schallereignisse sicher schärfen.

Einige letzte Anmerkungen:
Es scheint wohl so zu sein, dass nur der Verwaltungschef der Gemeinde Mörfelden-Walldorf davon ausgeht, daß eine einseitige Lärmschutzmauermauer keinen Schall reflektiert. In allen anderen Gemeinden Deutschlands und selbst bei der Bahn geht man davon aus, daß dies unmöglich ist und baut entlang von Bahn und Straßen doppelseitige Lärmschutzmauern in Wohngebieten.

In Mörfelden-Walldorf wird die Physik neu definiert. Oder vielleicht sind alle andern nur zu dumm Kosten zu sparen, oder hat man am Ende nur die falschen Gutachter?

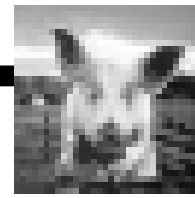
Christian Duesterberg

Der „blickpunkt" freut sich auf Leserbriefe

Pflegeversicherung

Wenn Sie sich mit der „Pflegemarkt" beschäftigen (wie im blickpunkt 7/2001) sollten Sie ein Blick auf die Pflegepflichtversicherung werfen. Diese Versicherung nimmt rund 12 Milliarden DM/Jahr ein und erbringt etwa 1 Milliarde/Jahr in Leistung (900 Millionen in 2000, tendenz leicht steigend). Dieses massive Mißverhältnis wird geschickt durch Umbuchung der Eingänge gedeckt; dennoch bleiben derart massive Überschüsse, dass man bereits in 1999 sich gezwungen sah, einen Fonds für „eventuell zu leistende Rückzahlungen" zu bilden, der im Sommer 2000 bereits 4 Milliarden DM dick war. Ich erlaube mir, daran zu zweifeln, ob eine Rückzahlung aus technischen Gründen überhaupt je möglich wäre; also ist die Verlegenheit an dieser Stelle offensichtlich recht gross. Auffallend an die Pflegeversicherung war vom Anfang an die extrem restriktive Handhabung durch die Versicherer. Man konnte sich des Eindruck nicht erwehren, dass jeder, der einen Anspruch auf Leistung gestellt hat, für einen Kriminellen gehalten wurde.
Der Verband der Krankenversicherungen hat sehr zögernd auf meine damalige Anfrage reagiert (Frühling/Sommer 2000), und bietet einem in der mir damals zugesandten Jahresbericht das relevante Zahlenmaterial an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Zusammenhängen im Bericht; ausserdem werden krasse Differenzen zwischen ihren Zahlen und denen vom Statistischen Bundesamt ignoriert.
Um ein wenig Offenheit herbeizuführen, musste man folgende Zahlen her beiholen: - Anzahl Beitragsleistende in der BRD (Quelle: Statistische Bundesamt); - durchschnittliche Beitragshöhe (Quelle: Verband der Krankenversicherer); - Jahressumme der erbrachtenLeistung (Quelle: Verband der Krankenversicherer).
Hinweise auf zukünftig steigende Ansprüche aus dieser Versicherung, die vom Verband reflexmässig gegeben werden, können zwar im Prinzip richtig sein, aber nicht im Traum in dieser Höhe.
Also Fazit: die Pflegepflichtversicherung ist sozial und ethisch richtig und begrüssungswert. Aber die praktische Handhabung ist schlecht. Man müsste entweder die restriktive Handhabung auflockern, oder die Beiträge senken (mit der jetzige Handhabung ist ein Monatsbeitrag von mehr als 20 DM überhaupt nicht zu rechtfertigen). Vielleicht können Sie etwas in dieser Angelegenheit erreichen, und wenn es nur ein bisschen Offenheit ist!

Daniel Sammons



Doppel *Denk*

Junge Leute weiter aktiv. Mit einer Demonstration setzten sich Jugendliche erneut für ein Jugend-Kultur-Cafe in unserer Stadt ein. Mittlerweile führen sie Gespräche mit städtischen Gremien und wollen weiter politischen Druck machen.

Legale Bestechung

Was bedeutet es, wenn seit Verkündung des Flughafenausbaus verstärkt Propheten von Fraport und Lufthansa durch die Lande ziehen, die Koffer voll übergroßer Schecks, die, wie jüngst erlebt, 10.000,- DM ausweisen.
(Manchmal darf´s auch ein bisschen mehr sein.)
Solche Spenden von Unternehmen und UnternehmerInnen an Kommunen, Vereine, Schulen und Initiativen sind legale Bestechung und daher steuerlich absetzbar.
Natürlich weisen die EmpfängerInnen alle Vorwürfe der Korrumpierbarkeit weit von sich und denken immer nur an die vielen guten Dinge, die sie mit dem Geld anstellen.
Auf die Frage, woher ihre Gönner die viele Kohle haben und warum die edlen Spender mit Nachname meistens AG und selten e.V. heißen, kommen sie selten.
Dahinter steckt die alltägliche, allgemeine und grundgesetzlich geschützte Ausbeutung der Lohnabhängigen. Heißen sie nun ArbeiterInnen, Angestellte oder DienstleisterInnen: Nur aus ihrer Arbeit schlägt das Kapital Profit.

Und das Geld, mit dem der Flughafenvertreter Pompe - der Name ist Programm - bei einem Fototermin ein Grinsen ins Gesicht der Stadtverordnetenvorsteherin Bassler zaubert, „gehört“ zwar der Flughafen AG. „Erwirtschaftet“ haben es allerdings die ArbeiterInnen und Angestellten der Lufthansa z.T. auf Kosten unser aller Gesundheit, der gemeinsamen Natur und des globalen Klimas. Und natürlich in Anwendung des gesellschaftlichen Wissens. Vielen sollte dieses Geld also eher gehören als den AktionärInnen und ManagerInnen der Lufthansa.
Angeschmiert sind also alle, bis vielleicht auf den Pompe, den Bender und die 10.000 glücklich-arbeitslosen MilliardärInnen und MultimillionärInnen, für deren Zaster täglich 35.000.000 Lohnabhängige in unserem Land samt Anhang malochen.

Wenn die Pompes dann, um sie ruhig zu stellen, ein paar Krümel hinwerfen, würde ein Mensch mit Würde jenem ein paar in die Fresse geben. (Stattdessen kriechen wir auf den Knien.)
Unser Funktionieren bringt denen Milliarden, die ihrerseits dafür sorgen, dass es uns und anderen das Leben kostet. Das schöne allemal. Wer vom Funktionieren genug hat, sich zu wehren versucht, der wird schon mal erschossen (siehe Genua).
Weil über all das niemand spricht (die Zeitungen und Sender gehören nämlich auch den Pompes), erst Recht nicht die Leute die wir ständig wählen, machen Politikerinnen und Politiker einen Knicks vor den Pompes und treten die Wehrlosen weiterhin in die Gosse, versauen die Umwelt, unsere Gesundheit, und der Menschheit Zukunft.

PS:
Die Gewinne der deutschen Kapitalgesellschaften betrugen im schönen Jahre 2000 n. Chr. beruhigende 573.000.000.000 DM, (sprich fünfhundertdreiundsiebzigtausendmillionen), netto. F. Bernhard

Der Rote Abend

Politisches Abhängen in gediegener Atmosphäre
Jeden Mittwoch
20.00 Uhr,
Juz Mörfelden

Diskussion - Film - Vorträge
direct Action - Kneipe
Zeitschriften - Abhängen

Redaktion Doppeldenk, Kontakte über: Angela Kolbe, Heinerweg 14; Björn Doland, Kelsterbacher Str. 72; Florian Bernhard, Ederstr. 8; Martin Wilker, Isarstr. 33; Sebastian Schwappacher, Heidelberger Str. 25; Mörfelden-Walldorf (doppeldenk@gmx.de) oder die „blickpunkt“-Redaktion

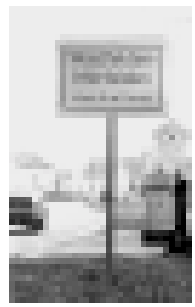
Stadtgeschichten

Beachtenswert sind immer wieder die Leistungen der örtlichen Handwerker vergangener Jahre. Vieles ist nicht mehr vorhanden und nur selten wurde etwas fotografisch dokumentiert. So zählt das heutige Foto zu den Raritäten. Es zeigt Mörfelder Zimmerleute bei der Errichtung des Glokkenturmes für die erste katholische Kirche in Walldorf im Jahre 1927. Erst anfangs des 20. Jahrhunderts kamen durch Zuzug Bürger katholischen Glaubens in die überwiegend evangelische Waldensergemeinde. Ihr erster Gottesdienst fand am 30. Juni 1912 im Sitzungssaal des Walldorfer Gemeinderats statt.1920 betrug die Einwohnerzahl 2912, davon 612 Schulkinder, darunter 567 evangelische, 28 katholische und 17 freireligiöse. Im Herbst 1925 begannen trotz Geldentwertung die Arbeiten am Rohbau der Kirche auf dem Eckgrundstück Gartenstraße-Friedhofstraße. Der finanzielle Grundstock für den Bau kam über einen Bittbrief (Bettelbrief), u.a. an die Gläubigen, zusammen. In diesem Brief beklagte sich der damalige Pfarrer Gröber über die vielen Mischehen und daß in Walldorf „fast keine katholische Trauung mehr stattfindet". Weiter beklagte er den Abbfall vom Christentum, für den er „die Minenarbeit freidenkerischer Lehrer" verantwortlich machte.

Die Zimmerarbeiten für den Kirchenneubau oblagen damals dem Zimmermeister Ernst Scherer mit seinen Söhnen aus Mörfelden, Gerauer Straße 27. Auf dem Foto stehen unten links der Sohn Jean Scherer, auf dem Gerüst zweiter v. r. Ernst Scherer und auf dem Turm der Sohn Heinrich Scherer. Die Maurerarbeiten führte die Firma Nohl / Meffert und die Schreinerarbeiten die Firma Pons und Schmitt aus Walldorf aus. Schon im Jahre 1960 wurde die kleine Dorfkirche wieder abgerissen, um einem größeren Neubau Platz zu machen.

www.dkp-mw.de

Hier erfährt einiges über unsere Publikationen, kann Geschichte nachlesen. Seit über dreißig Jahren erscheint monatlich der „blickpunkt", den alle Bürgerinnen und Bürger kennen. Sehen Sie sich die Zeitung an.
Gestern und heute waren wir aktiv gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, man kann es nachlesen.
Wir haben zahlreiche Bücher und Broschüren über die jüngste Geschichte unserer Stadt veröffentlicht, es gibt Ausarbeitungen über den heimatlichen Dialekt. Besuchen Sie diese Seiten.



Der neue Chef der hiesigen 13 Köpfe zählenden FDP, Rechtsanwalt Jörg Peters liebäugelt mit dem Namen „Waldfelden" für unsere Doppelstadt. Hatten wir schon mal.
War ein skuriller Lacherfolg. Blieb in Erinnerung an Politiker die welt- und lebensfremd auftraten.

Unser Lexikon

Schbrisch

Der faule Hund,
dem duht's laad,
daß er laafe
gelernd hott.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.